Abendausgabe

Nr. 203 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 100

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
30. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Das Urteil von Leipzig.

„Wiking" bleibt verboten. „Olympia" freigegeben!

B. S. Leipzig, 30. April.

Nach beinahe zehnstündiger Dauer fand die Beratung des Staatsgerichtshofes über die Entscheidung des Prozesses „Wiking"-„Olympia" gegen 1 Uhr nachts ihr Ende. Um 11 Uhr vormittags erschien das Gericht im Saal und Senatspräsident Dr. Niedner verkündete folgendes Urteil:

„1. Unter Aufhebung des Beschlusses des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vom 13. Oktober 1926 wird die Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 12. Mai 1926, durch die das Verbot des Bundes „Wiking" ausgesprochen worden ist, bestätigt. Die den Bund „Wiking" betreffenden Kosten werden dem Bunde auferlegt.

2. Der Beschluß des Staatsgerichtshofes vom 13. Oktober 1926, durch den das Verbot des Vereins „Olympia" vom 12. Mai 1926 aufgehoben wird, wird aufrechterhalten. Die Kosten des Verfahrens werden dem preußischen Staatsfiskus auferlegt."

•

Der Vollsenat des Staatsgerichtshofs hat die von der Kleinen Kammer gefällte Entscheidung nur zum Teil korrigiert. An sich war jede Abänderung des Spruches, den die Vorinstanz gefällt hatte, schon dadurch erschwert, daß beide Gerichtshöfe zum Teil miteinander identisch waren. Es handelte sich nicht um ein unteres und ein übergeordnetes Gericht, sondern um einen „Kleinen Senat", bestehend aus Vorsitzenden und zwei gelehrten Beisitzern, der seine eigene Entscheidung als „Großer Senat" — d. h. unter Hinzuziehung von sechs Laienbeisitzern — noch einmal nachzuprüfen hatte. Die beiden Hauptpersonen des Gerichts, der Vorsitzende Niedner und der Berichterstatter Arnold, wirkten in gleicher Eigenschaft in beiden Verfahren mit.

Was bereits menschlich vorauszusehen war, daß diese beiden der Korrektur ihres ersten Spruches Widerstand entgegensetzen würden, das hat die Art der Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden Niedner ebenso klar gezeigt, wie die Fragestellung des Berichterstatters Arnold. Herr Arnold verfügte förmlich über zwei verschiedene Stimmen: über eine leise, unverständliche, mit der er das Material der preußischen Regierung, über eine laute, ausdrucksvolle, mit der er das Entlastungsmaterial der Verbände vortrug.

Freilich hat sich ihr Bestreben gegen die neu hinzugezogenenen Laienbeisitzer nur zum Teil durchgesetzt. Die Urteilsbegründung baut den Reichsgerichtsräten vom Kleinen Senat eine goldene Brücke des Rückzuges, indem sie hervorhebt, daß bei der ersten Entscheidung nicht gleich viel und gleich erschöpfendes Material gegen die Bünde vorgelegen habe wie in der jetzigen Verhandlung. Gewürdigt worden ist die neue Situation jedoch nur im Falle Wiking, dessen Verbot aufrechterhalten bleibt, während die Beschwerde der preußischen Regierung im Falle Olympia zurückgewiesen wurde.

Diese Entscheidung sieht aus wie ein 50prozentiges Kompromiß. Sachlich liegt sie für die preußische Regierung insofern günstig, als zweifellos von den Organisationen Wiking und Olympia der Wiking die größere, aktivere und gefährlichere ist, die sich über das ganze Reich erstreckt, während Olympia ein lokal begrenzter Berliner Verein war.

Sonderliche Befriedigung wird indes das Urteil auf keiner Seite auslösen. Die Rechtspresse hat bereits zu Beginn des Prozesses ihre Parole für den Fall einer Aufrechterhaltung des Verbots ausgegeben, indem sie den Staatsgerichtshof als ein „Parteigericht" bezeichnete. Wie wenig er das ist, beweist die Entscheidung in Sachen Olympia.

Für die Linke liegt dagegen die Befürchtung vor, daß der verbotene Wiking nunmehr die nicht verbotene Olympia als Unterschlupf und Asyl für seine Mitglieder benutzen wird. Wenn Herr Ehrhardt freilich die Parole auszugeben gedenkt, daß alle Wikinger jetzt der Olympia beitreten sollten, so besteht hier vorläufig noch ein gewichtiges Hindernis. Wie wir bereits früher ausführten, bleibt ungeachtet der Entscheidung des Staatsgerichtshofes das zweite Verbot der Olympia — auf Grund des Gesetzes zur Ausführung des Versailler Friedensvertrages — voll in Kraft. Aber natürlich werden jetzt Oberst v. Luck und seine Freunde bei der Reichsregierung Sturm laufen, daß sie ihre im vorigen Jahr einstimmig zu diesem Verbot gegebene Zustimmung zurückziehen möge. Und da inzwischen die damalige Regierung der Mitte von der Regierung des Rechtsblocks abgelöst ist, so kann man nicht wissen, was nun wird.

Bedenklicher aber ist, daß das Verbot des Wiking nur für Preußen gilt, außerdem noch für einige kleinere Länder, wie z. B. Hessen. Dagegen kann der Wiking in anderen Ländern, in erster Linie in Bayern, aber auch in Thüringen, Mecklenburg usw. ungehindert fortbestehen.

Wir sind der Ansicht, daß auf Grund der tatsächlichen Feststellungen des Staatsgerichtshofes ein Reichsverbot des Wiking zwingende Notwendigkeit ist. Hat doch der Staatsgerichtshof die hochverräterischen Ziele des Wiking klar anerkannt. Nach der Begründung steht fest, daß seine Pläne auf Errichtung einer völkischen Diktatur hinzielten. Mit Recht hat der Staatsgerichtshof der Aussage des von der Verteidigung viel geschmähten Zeugen Käsehage darin Glauben geschenkt, daß der Berliner Wikingführer Sodenstern durch Provozierung eines Kommunistenputsches die Verhängung des Ausnahmezustandes erreichen wollte, um dann über Artikel 48 die Diktatur auf angeblich legalem Wege zu erreichen.

Diese Feststellung ist von äußerster Wichtigkeit, auch im Hinblick auf das kommende Hochverratsverfahren gegen Claß. Man begreift, warum die Rechte alle Minen springen ließ, warum der Verteidiger Bloch eine Viertelstunde seines Schlußwortes darauf verwendete, um den Zeugen Käsehage zu verdächtigen und als Spitzel darzustellen. Diese Art der Feme wird bekanntlich gegenüber jedem angewandt, der etwas aus den Geheimnissen des Rechtslagers ausplaudert. Käsehage ist boykotiiert und wirtschaftlich ruiniert worden, dem Assessor Dietz hat man ein Landesverratsverfahren angehängt, Mahraun wird tagtäglich mit Schmutz beworfen — das macht die zurückhaltenden Aussagen so manches anderen Zeugen begreiflich. Die „Ahndung nach altgermanischem Recht", die in dem Verpflichtungsschein des Wiking gefordert wird, ist keine Schimäre, sondern eine reale, fürchterliche Macht.

Aber diese Macht hat diesmal versagt, und deshalb wissen wir heute, daß die Putschpläne der vaterländischen Verbände im Frühjahr 1926 keine Ausgeburt von Spitzelphantasien, keine Erfindungen der preußischen Regierung waren, sondern eine sehr reale, drohende Gefahr für die Republik, von der freilich die wenigsten etwas geahnt haben und die nur durch die Wachsamkeit des preußischen Innenministeriums abgewendet worden ist.

Deshalb bedeuten — mehr noch als der Urteilstenor — die Urteilsgründe für das preußische Innenministerium eine gewonnene Schlacht. Denn darüber seien wir uns klar: Wenn die Rechtsverbände für diesen Prozeß, der praktisch (wegen des fortbestehenden Verbots auf Grund des Versailler Vertrages, sowieso nicht den geringsten tatsächlichen Erfolg versprach, trotzdem solche Mühe und Kosten verwandt haben, so geschah das in der Hoffnung, der preußischen Regierung wenigstens eine moralische Schlappe bereiten zu können.

Rache für die Haussuchungen bei den rheinischen Großindustriellen, Rache für das Verbot von Wiking und Olympia, Rache für die Auffindung des Aufmarschplanes und der Notverordnung, Rache für das Hochverratsverfahren gegen Claß, Rache vor allem für den vereitelten Putsch von 1926 — das war die eigentliche Parole, das war das wirkliche Ziel dieses Prozesses.

In diesem Ziel sind die Rechtsradikalen gänzlich gescheitert. Die Handlungen der preußischen Regierung, mit denen sie im Frühjahr 1926 die Machenschaften der Claß und Sodenstern, der Hugenberg und Luck zerschlug, sind durch das Beweisergebnis und die Urteilsbegründung in jeder Beziehung gerechtfertigt. Darüber hinaus hat die Fülle des neuen Materials — wir erinnern allein an das in Schmalkalden gefundene — der weitesten Oeffentlichkeit die Augen über den gemeingefährlichen Charakter des Geheimbundes Wiking und die hinterhältige Verschleierungstaktik seines Führers Ehrhardt, nicht zuletzt aber auch über die in geheimen Führerkonventikeln gesponnenen Umsturzpläne geöffnet.

Nur ein Kapitel ist geheim geblieben: die Beziehung der Verschwörerverbände zur Reichswehr. Auch hier wird der Tag kommen.

Die Urteilsbegründung.

Zu Beginn der Urteilsbegründung erklärte Senatspräsident Dr. Niedner, daß er sich zu einigen Vorbemerkungen veranlaßt sehe.

1. Es könne eine Aeußerung des Rechtsvertreters des preußischen Innenministeriums eventuell mißverstanden werden. Der Rechtsvertreter habe vom Staatsgerichtshof ein „politisches Urteil" verlangt. Wenn dem Staatsgerichtshof Personen aus dem politischen Leben beigegeben worden sind, so geschah das zu dem Zweck, um den gelehrten Richtern die oft mangelnde oder vielleicht nicht genügende politische Sachkunde zu geben, die für die Entscheidungen notwendig ist. Trotzdem urteile der Staatsgerichtshof nur nach Recht und Gerechtigkeit, und diese Gerechtigkeit hat keine Binde vor den Augen

2. Bei der Entscheidung des Staatsgerichtshofs konnte nach den Grundsätzen der Strafprozeßordnung nur das berücksichtigt werden, was tatsächlich erwiesen war, dagegen nicht das, was auf Sentiments oder Schlußfolgerungen beruhte.

3. Das Material, das dem Staatsgerichthof in kleiner Besetzung vorlag, war lange nicht so erschöpfend, wie das jetzt beigebrachte, insbesondere hinsichtlich der Beweisführung, daß „Wiking"

Attentat gegen die Arbeitslosen.

Abbau der Krisenfürsorge. – Der neueste Streich des Besitzbürgerblocks.

Die Regierung des Bürgerblocks enthüllt immer deutlicher, was in Wahrheit hinter den hochtönenden Phrasen bei Verkündigung ihres „sozialpolitischen" Regierungsprogramms steckt. Das Zentrum und besonders die christlichen Gewerkschaften haben sich nicht wenig darauf eingebildet, daß eine neue sozialpolitische Aera nunmehr beginnen würde. Jetzt liegt es offen zutage, welchen Sinn der Bürgerblock hat: Sicherung der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeitskraft. Das sogenannte Arbeitszeitnotgesetz bewies es bereits mit aller Deutlichkeit. In diesen Rahmen passen die Maßnahmen für den Beginn einer vollständigen Beseitigung der Krisenfürsorge sehr gut hinein. Hungernde Arbeitslose sind das sicherste Mittel für Lohndruck. In der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" hat Clara Mleineck vom Deutschen Gewerkschaftsbund

vor dem Abbau der Krisenfürsorge gewarnt;

der Einfluß der christlichen Gewerkschaften, über den Herr Stegerwald so viel Aufhebens machte, ist so groß, daß gerade der diesen christlichen Gewerkschaften nahestehende Reichsarbeitsminister den Abbau vornimmt!

Bereits am 29. März wies der „Vorwärts" in einem Alarmruf auf die hier drohenden Gefahren hin. Die Regierung des Bürgerblocks war rücksichtslos genug, den Weg des Abbaues zu beschreiten. Sie tut es auch im Widerspruch zu der Stellungnahme des zuständigen Ausschusses des Verwaltungsrats des Reichsamts für Arbeitsvermittelung. Nur die Vertreter der Unternehmer haben sich bei der Beratung natürlich begeistert für die Pläne ihrer Bürgerblock-Regierung ausgesprochen; die Vertreter der Arbeitnehmer und der öffentlichen Körperschaften waren dagegen. Deutlich wurde auch im Verlauf der Beratungen, daß es sich hier

um einen Schlag gegen die Gemeinden handelt.

Die Gemeinden sollen angeblich über die Krisenfürsorge ihren Etat für die Wohlfahrtspflege entlasten. Dieser lächerliche Instanzenkonflikt zwischen Staatsverwaltung und Gemeindeverwaltung darf nicht auf Kosten derjenigen Erwerbslosen ausgetragen werden, die infolge der entsetzlich langen Arbeitslosigkeit am schlimmsten dran sind. Es wäre sehr nützlich, wenn die Verantwortlichen solcher Maßnahmen ein solches Geschick einmal am eigenen Leibe verspüren würden.

Geradezu toll ist der Plan, von der Krisenfürsorge auch bestimmte Bezirke ausnehmen zu wollen. Selbst in den günstigsten Bezirken gibt es Berufe, deren Arbeitsmarkt nach wie vor stark daniederliegt, man braucht nur an die Angestellten zu denken.

Das Reichsarbeitsministerium begründet seine Maßnahmen mit der Besserung des Arbeitsmarktes. Gewiß, gegenüber dem Höchststand hat sich der Arbeitsmarkt erheblich gebessert. Jedoch: welche soziale Verantwortungslosigkeit steckt hinter diesem Argument! Sind nicht

einundeinneviertel Million unterstützter Erwerbsloser

ein katastrophaler Zustand? Das ist doch immer noch eine unfaßbar hohe Zahl von Arbeitslosen. Und nun berücksichtige man die Zusammensetzung dieses Arbeitslosenheeres. Nach den Ausweisen vom 15. März waren **über 700 000 der unterstützten Erwerbslosen über 26 Wochen arbeitslos; am 15. April befanden sich 234 000 Unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge. Das sind also Arbeitslose, die bereits über 52 Wochen erwerbslos** sind!

Wie wenig ein sachlicher Grund für die Maßnahmen des Bürgerblocks besteht, beweist die Tatsache, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen heute immer noch so groß ist wie bei der Verabschiedung der Krisenfürsorge durch den Reichstag.

Es ist zu befürchten, daß die Regierung des Bürgerblocks mit der Krisenfürsorge überhaupt Schluß machen will. Die Geltungsdauer des Gesetzes über eine Krisenfürsorge ist nur bis zum 30. Juni verlängert worden. So vollzieht sich die Durchführung des sozialpolitischen Programms des Bürgerblocks. Eine Verhöhnung **der Arbeiter und Angestellten. Die Antwort wird nicht ausbleiben.**

und „Olympia" Geheimbünde seien. In rechtlicher Beziehung führte Senatspräsident Niedner aus, daß der

Bund „Wiking" nichts weiter als eine Fortsetzung der OC.

sei, die durch Urteil des Staatsgerichtshofs als Geheimbund festgestellt wurde. So habe der „Wiking" dasselbe Organ beibehalten, das die OC. hatte, vor allem aber sei der Chef der OC. der sogenannte „Consul", also Ehrhardt, auch der Chef des „Wiking" geblieben, wie sich aus zahlreichen Schriftstücken ergebe, wenn er formell die Führung auch erst im Jahre 1926 wieder übernommen habe. Aus der Aussage des Zeugen Friedrich, bezüglich dessen übrigens nicht erwiesen sei, daß er von den Geheimbestrebungen des Bundes Kenntnis gehabt habe, gehe hervor, daß die OC. in Kiel die Grundlage für den Bund „Wiking" gewesen sei. Endlich ergab sich als Beweis für die Fortsetzuenng des Geheimbundes OC. die Tatsache, daß die geheimen Ziele der OC. nicht nur die gleichen geblieben seien, sondern daß darüber hinaus der Bund „Wiking" Ziele verfolgt habe, die vor der Regierung geheim gehalten wurden. Ausschlaggebend seien nicht die Statuten des Bundes, wobei es nicht darauf ankomme, ob der preußischen Regierung diese Ziele bekannt waren. **Der „Wiking" beschränke sich nicht auf einen Kampf gegen die Verfassung,** sondern er verfolge ganz bestimmte Ziele, und zwar, nach der Aeußerung des Majors v. Sodenstern, das Ziel der Errichtung einer völkischen Diktatur auf dem Wege der Propaganda oder durch

Beeinflussung des Reichspräsidenten,

um ihn zur Anwendung des Artikels 48 der Verfassung und zur Errichtung des Ausnahmezustandes zu bewegen. Ob dieses Ziel widerrechtlich oder ungesetzlich sei, könne unerörtert bleiben. Ein Geheimbund liege auch dann vor, wenn legale Ziele verfolgt würden, es genüge, wenn diese Ziele der Regierung verschwiegen oder ihrer Kontrolle entzogen würden.

Unzweifelhaft habe der Bund „Wiking" Bestrebungen verfolgt, um die verfassungsmäßige Staatsform zu untergraben.

Dazu gehört schon ein Unterhöhlen, damit die Verfassung erschüttert werde. Auch das kann auf legalem Wege erfolgen; wenn ein einzelner solche Maßnahme treffe, dann sei das nicht strafbar, wenn aber ein Geheimbund solche Bestrebungen verfolge, dann sei das nach dem Republikschutzgesetz straffällig. Daß der Bund „Wiking" ein solches, in seinen Statuten nicht erwähntes Vorgehen beabsichtigt habe, dafür seien nicht nur die Erklärungen des Majors v. Sodenstern maßgebend, sondern es kämen noch weitere Tatsachen hinzu. So sei in einer Versammlung vom 11. März 1926 eine Aeußerung v. Sodensterns gefallen, die zum mindesten zu der Feststellung Anlaß gebe, daß der Bund „Wiking" einen

Kommunistenputsch zur Erreichung des Ausnahmezustandes als wünschenswert

betrachte. Das sei durch die insoweit glaubhafte Aussage Käsehages erwiesen.

Was weiterhin den Aufmarschplan betreffe, so könne, auch wenn man glaube, daß er nicht ohne weiteres für einen Putsch gelten sollte, doch aus anderen Aeußerungen entnommen werden, daß die Zurverfügungstellung für die Reichswehr von dem Bund an gewisse Bedingungen geknüpft werden sollte, und zwar, nach einer Aeußerung von Sodensterns, an die Bedingung, daß mit der „Wirtschaft von links" gründlich aufgeräumt werden solle. Endlich dienten auch die in Schmalkalden gefundenen Urkunden dazu, auf die Absichten des Bundes „Wiking" ein Licht zu werfen. So heiße es in einer Urkunde, daß man sich **nicht darauf beschränken dürfe, die Macht auf dem Wege über die Parlamente zu erringen, sondern auch noch auf einem anderen Wege.** Welches dieser Weg sei, werde verschwiegen. Daß der Bund „Wiking" geheime Ziele verfolge, habe sich auch aus zahlreichen anderen Urkunden, teils direkt, teils indirekt ergeben, so durch einen Vermerk in einer Urkunde, **„es gelte das Angriffsziel zu verschleiern"**, ferner durch einen Hinweis in der Dienstanweisung für Westdeutschland, daß diese Anweisung geheimgehalten werden müsse, da sonst der Bund in seinem Bestand erschüttert werde. Zahllose weitere Urkunden machten es den Mitgliedern zur Pflicht, alle Vorgänge, die den Bund beträfen, geheimzuhalten. Allerdings genüge es nicht, daß gewisse Einrichtungen des Bundes geheimgehalten worden seien, aber wenn immer wieder auf die Geheimhaltung aller Vorgänge hingewiesen würde, so schließe das auch eine Geheimhaltung der Ziele des Bundes in sich. Ferner sei noch erwiesen, daß der Bund „Wiking"

unbedingten Gehorsam gegen bekannte Obere

vorgesehen habe. Alle diese Erwägungen rechtfertigten es, den Bund „Wiking" als einen Geheimbund zu erklären und seine Auflösung als berechtigt anzusehen. Ob der Bund auch als staatsfeindlich im Sinne des Republikschutzgesetzes zu betrachten sei, könne danach völlig dahingestellt bleiben. Zu bemerken sei, daß es für diese Feststellung notwendig wäre, daß die Mitglieder des Bundes sich der Gesetzwidrigkeit ihres Verhaltens bewußt sein mußten.

Was den Verein „Olympia" betreffe, so sei von der preußischen Regierung eine Reihe von Tatsachen dafür angeführt, um auch diesen Bund als geheim und staatsfeindlich erscheinen zu lassen. Der Staatsgerichtshof habe aber nur das berücksichtigen können, was feststellbar und beweisbar gewesen sei. Die Urkunden aus dem Jahre 1923 konnten nach Ansicht des Staatsgerichtshofs nicht herangezogen werden, das gleiche gilt auch für den Waffenbesitz aus dem Jahre 1924. Schwieriger sei schon der Aufmarschplan zu beurteilen, aber die Tatsache, daß auch dieser Bund seine Hilfe an gewisse Bedingungen geknüpft haben würde, könne nicht ausreichend sein, um auch den Verein „Olympia" als geheim oder staatsfeindlich zu bezeichnen. Sein Zusammenschluß mit dem Bunde „Wiking" zum „Wehrbund Berlin" sei nicht genügend geklärt. Insbesondere sei nicht feststellbar, zu welchem Zweck der Zusammenschluß erfolgt sei, ferner sei nicht erwiesen, ob den Mitgliedern des Vereins „Olympia" die geheimen Ziele des Bundes „Wiking" restlos bekannt waren, oder ob sie gewillt waren, den Bund „Wiking" in seinen Zielen zu unterstützen.

Zum Schluß betonte Senatspräsident Dr. Niedner, daß das Gericht keine Bedenken getragen habe, die Zulässigkeit der beiden Beschwerden als rechtlich erwiesen zu betrachten.

Der staatsfeindliche Anwärter auf den Richterstand.

Der im Wiking-Olympia-Prozeß als Zeuge vernommene Referendar Friedrich sollte am Freitag sein Assessorexamen beginnen. Friedrich ist gegenwärtig als Referendar in Naumburg an der Saale beschäftigt. Das preußische Justizministerium hat nun dem monarchistischen Referendar am Freitag mitteilen lassen, daß er zum Assessorexamen nicht zugelassen ist. Vor dem Staatsgerichtshof versuchte Friedrich, die von ihm im vorigen Jahr über die Umtriebe verschiedener Offiziere der Marinestation an der Ostsee bei einer Vernehmung in Berlin geäußerten Einzelheiten zu bestreiten. Seine Ausflüchte wurden jedoch durch die Vernehmung des Regierungsassessors Schmidt zunichte gemacht. Im übrigen hat Friedrich in Leipzig die wahren Bestrebungen des Wikingbundes ruhig zugegeben und dann, über seine eigene Stellung befragt, geantwortet: „Meine Hemmungen bei einem Verfassungsbruch sind heute größer als im Jahre 1923, weil ich den Diensteid geschworen habe."

Dieser famose Beamte hat also trotz seines Diensteides keine Neigung, die Verfassung ohne Vorbehalt anzuerkennen. Das preußische Justizministerium hat Recht, wenn es unter diesen Umständen die Auffassung vertritt, daß Friedrich nicht in den Staatsdienst hineingehört.

Rosenberg und „noch einige".

Die Partei auf Abbruch.

Zum Austritt Dr. Rosenbergs aus der Kommunistischen Partei äußert sich der Hallesche „Klassenkampf" folgendermaßen:

Der Fall Rosenberg interessiert uns nur insofern, als die Frage auftauchen kann, ob er typisch werden kann. Dazu ist zu sagen, daß Rosenbergs Spezialkenntnisse von der Partei im Parlament, in öffentlichen Versammlungen usw. natürlich in Anspruch genommen worden sind. Die Partei braucht für ihre Spezialarbeiten auch diesen Typus von Mitarbeitern (nicht Führern!), solange sie gewillt sind, für die Partei, für die Arbeiterklasse zu arbeiten. Ist dies nicht mehr der Fall, so erledigen sie sich von selbst. **Das betrifft noch einige Parlamentarier und sonstige Spezialmitarbeiter,** die, dem revolutionären Massenkampf entfremdet, in steigendem Maße dem Einfluß des Reformismus und der Bourgeoisie unterliegen.

Danach gibt es in der Kommunistischen Partei Führer (die wohl allesamt in Moskau sitzen) und sozusagen auf Dienstvertrag angestellte Mitarbeiter, die man zwar im Parlament und in den Versammlungen reden läßt, die aber sonst nicht allzuviel zu bedeuten haben. **Von diesen Mitarbeitern sind nach dem Zeugnis des „Klassenkampf" „noch einige" zum Abgang reif.** Die kommunistische Reichstagsfraktion zerstreut sich in alle Himmelsrichtungen. Das ist der richtige „Weg zur Macht".

Späte Entdeckung.

Nach der Austrittserklärung Dr. Rosenbergs aus der Kommunistischen Partei hat die „Rote Fahne" über ihn unter anderem geschrieben:

„Wer Herrn Rosenberg in der letzten Zeit auf der Tribüne des Reichstages hörte, konnte deutlich aus seinen Ausführungen entnehmen, daß er sich bereits völlig der Sozialdemokratischen Fraktion anpaßte."

Merkwürdig ist nur, daß die Kommunisten trotz dieser „deutlichen Anpassung an die Sozialdemokratie" Dr. Rosenberg immer wieder und bis zuletzt als Fraktionsredner vorschickten und ihm Beifall zollten. Es läßt sich aus den Reichstagsprotokollen feststellen, daß Rosenberg seit dem Wiederzusammentritt des Reichstags im März 1926 und bis zu den jetzigen Osterferien nicht weniger als zwölfmal als Redner der kommunistischen Fraktion die Reichstagstribüne bestieg. Und zwar in folgenden Sitzungen: 4. November, 3., 15. und 16. Dezember, 20. Januar, 10., 22. und 23. Februar, 23. und 31. März, 4. und 7. April.

Die Reichstagssitzung vom 7. April war die vorletzte vor der Osterpause. Noch in dieser Sitzung wurde Dr. Rosenberg von seinen Fraktionskollegen als Redner über den provisorischen Handelsvertrag mit Frankreich bestimmt. Seine Rede wurde wiederholt durch „Sehr wahr!-Zurufe" der Kommunisten unterstrichen und erhielt, wie das stenographische Protokoll ausdrücklich vermerkt, den Beifall seiner damaligen Fraktionskollegen. Seine vorletzte Rede drei Tage zuvor bei der Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfürsorge erntete sogar, laut Protokoll, den lebhaften Beifall der kommunistischen Fraktion. Und all dies, obwohl er sich „bereits völlig der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angepaßt" haben soll! Nur die kommunistischen Reichstagsabgeordneten haben bis zuletzt nichts davon gemerkt; zum Glück hat es die Redaktion der „Roten Fahne" nachträglich entdeckt — nämlich erst nachdem Rosenberg seiner Partei den Rücken kehrte.

Bürgerblock-Regierung in Thüringen.

Mit Einschluß der Demokraten.

Weimar, 30. April. (WTB.) In der heutigen Landtagssitzung wurde die vorgeschlagene bürgerliche Regierungsliste mit 29 gegen 25 Stimmen bei einer Stimmenthaltung der Volksrechtspartei angenommen. Danach übernimmt Leitheußer (Deutsche Volkspartei) den Vorsitz, Volksbildung und Justiz; Dr. Paulsen (Demokrat) Inneres und Wirtschaft und Dr. Toelle (Deutsche Volkspartei) die Finanzen.

Die Russendelegation für Genf.

Vorwiegend Wirtschaftler.

Genf, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie uns von einer gut eingeweihten russischen Persönlichkeit mitgeteilt wird, hat die Delegation ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter, da einzig der Gewerkschaftsführer Lepse sich auch als Politiker betätigt. Eine besonders politische Bedeutung darf ferner dem Generalsekretär der Delegation Stein, Direktor der Abteilung für Zentraleuropa im Außenministerium, zugeschrieben werden. Der Sachverständige Varga ist Ungar und war früher Professor der Volkswirtschaft in Budapest; er spielte während der kurzen bolschewistischen Herrschaft in Ungarn eine führende Rolle, jetzt soll er sich jedoch ebenfalls nur mehr wenig mit Politik beschäftigen. Im übrigen zählen die Mitglieder der Delegation und Sachverständigen zu den bedeutendsten Autoritäten der Sowjetrepublik auf wirtschaftlichem Gebiete.

Janiboni und Capello haben das erste Sechstel ihrer dreißigjährigen Zuchthausstrafe in Einzelhaft zu verbringen.

Berühmte Bilderdiebstähle.

Der Bilderdiebstahl der weltberühmten Meisterwerke aus dem Moskauer Museum für die Schönen Künste ist wohl der größte Bilderdiebstahl, der bisher je ausgeführt wurde, wenn sich auch die gestohlenen Werke an Ruhm nicht mit der Mona Lisa des Louvre vergleichen können, die ebenfalls einmal der Gegenstand eines sensationellen Diebstahls wurde. Die Entfernung dieses Frauenbildnisses, das das schönste der Welt genannt worden ist, hat seinerzeit eine Erregung hervorgerufen, die in der Geschichte der Kunstdiebstähle beispiellos war. Ein phantastischer Italiener wußte das unvergleichliche Werk Leonardos aus dem Museum herauszuschmuggeln, und es bedurfte einer abenteuerlichen Jagd der Detektive, bis man schließlich in Florenz dem Verbrecher, der mit seinem Schatze nichts anzufangen wußte, die kostbare Beute abjagte. Ein anderer Bilderdiebstahl, der noch heute unvergessen sein dürfte, ist der des Bildnisses der Herzogin von Devonshire von Gainsborough. Das Schicksal dieses Bildes, eines der schönsten, die der Großmeister den englischen Malerei geschaffen, hat die Kunstfreunde ein Vierteljahrhundert in Spannung gehalten. Im Jahre 1870 hatten die Kunsthändler Agnew das Bild für 217 000 Mark gekauft und in ihrem Salon in Old Bond-Street ausgestellt. Als im Mai des Jahres der Portier eines Morgens den Ausstellungssaal aufschloß, bemerkte er, daß das große Bild verschwunden war. Der vergoldete Rahmen hing noch an derselben Stelle, aber aus ihm gähnte schreckliche Leere; die Leinwand war herausgeschnitten. Trotz der sofort ausgesetzten Belohnung gelang es nicht, des Diebes habhaft zu werden. Man schob dem Dieb alle möglichen Beweggründe zu; er sollte sich in die schöne Frau auf dem Bilde verliebt haben usw. Aber die bekannte Detektivfirma Pinkerton, die mit zäher Beharrlichkeit Jahrzehnte lang die Aufklärung dieses geheimnisvollen Verbrechens betrieb, fand schließlich Spuren, die nach Amerika führten. Die Wiederentdeckung des Gemäldes gelang 1901 unter den seltsamsten Umständen. Der Dieb des Bildes war ein internationaler Spieler, der die ganze Zeit mit dem Gemälde, in dem doppelten Boden seines Koffers verborgen, durch die Welt gereist war. Er vertraute einem Gefährten das große Geheimnis an, der zum Verräter wurde. Dieser war ein Berufsspieler namens Sheedy. Sheedy teilte Pinkertons den Verbleib des Gemäldes mit und leitete die Verhandlungen, nach denen dem Dieb Straflosigkeit zugesichert wurde; außerdem bekam er die Belohnung, und über seine Persönlichkeit wurde Stillschweigen bewahrt. Die Firma Agnew erhielt das Werk unbeschädigt wieder und verkaufte es später für eine Riesensumme an Pierpont Morgan.

Einen noch romantischeren Verlauf nahm der Diebstahl eines Hauptwerkes von Fra Angelico, einer Darstellung des Jüngsten Gerichtes, die heimlich aus Italien heraus auf ein Schiff geschmuggelt worden war, das nach London fuhr. Auf der Fahrt erlitt das Schiff Schiffbruch, und das unrechte Gut schien verloren. Nach einigen Jahren aber zeigte ein Seemann dem Kunsthändler Ponzoni ein Bild, das er aus den Wellen aufgefischt hatte. Der Mann hatte den goldenen Rahmen auf den Wellen schaukeln sehen und das Ding an Land gebracht. Es war der untergegangene Fra Angelico, zwar stark beschädigt, aber doch noch in einem solchen Zustande, daß er nach der Wiederherstellung für eine große Summe nach Amerika verkauft werden konnte.

„Columbus". Wenn die Amerikareise nicht immerhin einen hübschen Batzen Geld kosten würde, selbst in der dritten Klasse, möchte man gleich einmal hinüberfahren. Am liebsten mit dem „Columbus", dem größten und schönsten deutschen Ozeandampfer und womöglich in Gesellschaft von Kapitän Gottfried Speckmann, der uns dieses Wunderwerk des Norddeutschen Lloyd so anschaulich in der Urania mit Hilfe des Films und seiner prächtigen, humorerfüllten Darstellung vorführt. (NB. Wie alle Kapitäne, versteht G. S. das Handwerk Münchhausens aus dem ff.) Man lernt nicht nur die Vorzüge der 1. und 2. Klasse mit ihren Rauch- und Sportzimmern kennen, man gewinnt nicht nur Einblicke in diesen Riesenbauch voll Proviant, mit dem die besseren Passagiere wirklich gemästet werden, man erlebt nicht nur schöne Sonnenuntergänge und erfreut sich am Wellenrauschen, sondern man lernt vor allem auch den Mechanismus dieses Kolosses kennen. Vor unseren Augen wird er auf der Helling gebaut. Trickfilme erläutern den Vorgang bis ins einzelne. Schotten, Rettungsboote mit Motorantrieb werden im Betrieb gezeigt. Dann geht die Reise von Bremerhaven los. Unterwegs lernen wir allerlei dazu: wie der Riese elektrisch gesteuert wird, wie die Oelfeuerung funktioniert. Die Landung in New York und ein paar Bilder aus New York (zum Staunen!) machen den Schluß. Erfreulicherweise ersieht man aus diesem instruktiven und unterhaltsamen Film, wie für die Passagiere der 3. Klasse heute ganz anders gesorgt wird als früher im „Zwischendeck", und ferner, wie die Oelfeuertechnik den menschenunwürdigen Beruf des Kohlenziehers beseitigt hat. d.

Die Verlängerung der Schutzfrist vor dem Reichswirtschaftsrat. Der Ausschuß zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat im Anschluß an eine Vernehmung von Sachverständigen folgende grundsätzliche Entschließung gefaßt: „Der Reichswirtschaftsrat kann einer Verlängerung der Schutzfrist auf 50 Jahre nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß die Verlängerung auch tatsächlich in erster Linie den Erben der Urheber zugute kommt. Er verlangt deshalb eine innere Regelung des Verlagsrechts, die es nach Ablauf der bisherigen 30jährigen Schutzfrist jedem Verleger möglich macht, die bis dahin absolut geschützten Werke zu verlegen gegen Zahlung einer Abgabe an die Erben, die gesetzlich festzulegen ist. Wünschenswert wäre außerdem eine Aenderung des deutschen Verlagsrechts in der Richtung, daß Verträge, durch die das Urheberrecht gegen eine Pauschalvergütung übertragen wird, nur für begrenzte Zeit, höchstens zehn Jahre, gültig sind."

Einer sensationslüsternen Presse ins Stammbuch. Kürzlich war die große Berliner Presse voll von einem neuen Präparat gegen die Zuckerkrankheit, das man in Tablettenform einnehmen könnte. (Das haben die medizingläubigen Kranken, die nicht den ganzen Körper behandeln wollen, am liebsten.) Ein gerade in Berlin tagender medizinischer Kongreß wurde zum Vorwand genommen, um das unausgebrütete Ei zu öffnen. Professor von Noorden, der Urheber des neuen Mittels, teilt jetzt den Frankfurter Blättern mit, daß durch einen Vertrauensbruch diese Nachricht in die Presse gelangte, bevor die wissenschaftliche Forschung abgeschlossen und in einem Fachblatt mitgeteilt werden konnte. Es liege im Interesse der Sache, daß solche nichtautorisierten Mitteilungen und verwirrenden Nachrichten über das neue Präparat vor der Veröffentlichung der Ergebnisse nicht mehr erscheinen.

Armes Amerika. Wir haben in letzter Zeit immer wieder von dem ungeheuren Reichtum der Vereinigten Staaten gehört, der sich nach dem Kriege in eine wahre Goldflut verwandelt haben soll. Danach möchte man glauben, daß die Amerikaner gar nicht mehr wissen, wo sie mit ihrem Gelde hin sollen, und daß dort jeder in Hülle und Fülle lebt. Aber da es nun einmal auf Erden kein Paradies gibt, so sind auch diese Anschauungen von dem Reichtum der Amerikaner unrichtig. Wie ein amerikanischer Nationalökonom John M. Meloan in der Zuschrift an ein Londoner Blatt hervorhebt, gibt es auch in dem gelobten Land des Dollars nur sehr wenig Reiche und sehr viel Arme. 82 Proz. aller Bewohner der Vereinigten Staaten zahlen überhaupt keine Einkommensteuer; ihr Einkommen liegt, wenn es sich um eine Familie handelt, unter 2500 Dollar im Jahr, bei einem Junggesellen unter 1500 Dollar. Mehr als 95 Proz. der gesamten Steuereinnahmen werden von 1/1000 Proz. der Bevölkerung aufgebracht. Das bedeutet also, daß 29 Personen immer von je 10 000 95 Proz. der Steuern bezahlen. Auch die Vereinigten Staaten haben ein großes Heer von Arbeitslosen und ein noch viel größeres Heer von Arbeitenden, besonders Landarbeitern, die nicht genug verdienen, um ihr Leben anständig fristen zu können. Einsichtigen Besuchern des Landes, die nicht nur die reichen und die Geschäftsviertel der großen Städte sich ansehen, fällt immer wieder die Unmenge von zerlumpten und müßigen Menschen auf, die in den Straßen zu finden sind oder an den kleineren Stationen sich auf den Bahnhöfen versammelt haben, wenn die Züge durchfahren.

Erstaufführungen der Woche. Mont. Thalia-Th.: „Wenn der junge Wein blüht." — Kammerspiele: „Revue zu Vieren." Dienst. Th. am Schiffbauerdamm: „Ran, der Wunderbare." Lustspielhaus: „Bobbys letzte Nacht." — Kleines Theater: „Kuckucksei." Mitw. Zentral-Th.: „Die Bette." Freit. Schauspielhaus: „Florian Geyer." Sonnab. Oper am Platz der Republik: „Der letzte Pierrot." „Die Erlösten." — Schiller-Th.: „Musik."

Urania-Veranstaltungen. Ab Sonntag täglich (5 u. 7): „Manna". — (9): „Vorwärts im neuen Berlin". Mittwoch (7): Dr. Bolinder: „Indianerleben in Südamerika". — Im Hörsaal wird der Columbusfilm wiederholt und ab Montag täglich: „Der Persienflug Mittelholzers".

30 000 Mark für das Dresdener Philharmonische Orchester. Die Dresdener Stadtverordnetenversammlung bewilligte zur Unterstützung des Philharmonischen Orchesters in der Winterspielzeit 1927/28 30 000 Mark. Das Orchester übernimmt dafür die Verpflichtung, 20 unentgeltliche Konzerte für Erwerbslose, für Schüler höherer Lehranstalten und für Schüler der Volks- und Berufsschulen über 14 Jahre zu veranstalten.

Zahlen macht die Aeuglein hell!

Der bettelnde Stahlhelm.

Wenn wir den Organen der rechtsradikalen Verbände und den Uebertreibungen der „Roten Fahne" und ihrer Schwester, der „Roten Welt-Fahne am Abend", glauben würden, so müßten wir eingestehen: Unser wartet am 7. und 8. Mai eine gewaltige, von innerstem Kampfwillen getragene Kundgebung der Reaktion. Wie schade nur, daß wir über die Hintergründe des nationalistischen Stahlhelmrummels allzu genau Bescheid wissen! Im Gegensatz zu dem Wort Heinrich Heines, daß Begeisterung keine Heringsware sei, wird der patriotische Elan der Stahlhelmer für 50 industrielle Reichsmark in bar bis zum besagten 8. Mai eingepökelt und konserviert. Aber nicht genug damit: Auch der zahlungsfähige Großgrundbesitz muß heran, auch unsere Agrarier müssen bluten. Da hat nämlich von Pommern her der „Deutschnationale Volksverein von Stolp Stadt und Land" am 23. April eine Mitteilung an seine Ortsgruppenvorsitzenden erlassen; in der es heißt:

„Am 7. und 8. Mai findet in Berlin der Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelm statt. Es ist mit einer außergewöhnlich großen Beteiligung zu rechnen. Daß diese gewaltige vaterländische Kundgebung ihren hoffentlich recht nachhaltigen Eindruck auf das sozialistische Berlin nicht verfehlen wird, dafür werden auch die pommerschen Gaue sorgen müssen.

Wir richten deshalb an diejenigen unserer Parteifreunde, die wirtschaftlich in der Lage sind, die Bitte, wenn in ihrem Bereich sich Stahlhelmgruppen befinden, diesen mit Mitteln zu helfen, daß gerade den unbemittelten Kameraden des Stahlhelm die Möglichkeit gegeben wird, an dieser Kundgebung teilzunehmen. Näheres entweder durch die Treuschaftsführer der betreffenden Stahlhelmgruppen, sonst durch die Geschäftsstelle des Stahlhelm, Stolp, Mackensenstraße. Es liegt in der Stahlhelmbewegung eine ganz außerordentlich große werbende Kraft nicht nur im vaterländischen Sinne, sondern auch im Sinne einer Abwehr der sozialistischen Bestrebungen.

In der Konkordatsfrage bitten wir unsere Mitglieder und Parteifreunde auf Weisung von Stettin und der Parteileitung hin, zunächst sich abwartend zu verhalten, um nicht politische Schwierigkeiten unnütz herbeizuführen, die gerade jetzt innerhalb der neuen Koalition zwischen Deutschnationalen und Zentrum in der Reichsregierung vermieden werden müssen, ganz besonders aber deshalb, weil die Frage der Umbildung der sozialistischen Regierung in Preußen mit Hilfe des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei angestrebt werden muß.

Es ist aber selbstverständlich, daß unsere Partei die Interessen der evangelischen Kirche in jeder Weise vertritt.

Mit deutschem Gruß!

v. Zitzewitz-Gr.-Gansen
1. Vorsitzender."

Das ist laut, klar und deutlich gesprochen, Herr v. Zitzewitz-Gr.-Gansen. Ohne Zweifel werden Ihre Auslassungen über das Konkordat von Herrn Reichskanzler Marx nicht übersehen werden. Was aber die Berliner Stahlhelmkundgebung betrifft, so vertrauen wir fest darauf, daß Ihre Auslassungen „einen hoffentlich recht nachhaltigen Eindruck auf das sozialistische Berlin nicht verfehlen" werden. Jeder Arbeiter weiß jetzt, welchen tieferen Untergrund das stahlhelmerische Hurrageschrei am 7. und 8. Mai haben wird: Nicht den Untergrund nämlich einer festgegründeten Ueberzeugung, sondern den zahlenmäßig freilich viel reelleren schwerindustrieller und großagrarischer Geldbeutel!

Und diese Erkenntnis eben ist es, die uns nicht aus unserer Ruhe kommen läßt!

Geld von Potsdam für den Stahlhelm!

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beschloß am Freitag auf Antrag der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion, für den kommenden Stahlhelmtag 5000 Mark zur Verfügung zu stellen. Der Beschluß wurde gefaßt, trotzdem in der Debatte über diesen Antrag von den verschiedensten Seiten darauf hingewiesen wurde, daß die gleiche Rechtsmehrheit erst kürzlich eine geringe Zulage für die Kleinrentner ablehnte, weil die finanziellen Mittel der Stadt dazu angeblich nicht ausreichten.

„Unmittelbar nicht berührt."

Stresemann über Deutschlands Stellungnahme zu den chinesischen Kämpfen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab dem amerikanischen Journalisten Kuh ein Interview über Deutschlands Stellung zu China. Darin führte er aus, daß Deutschland, da es auf die sogenannten ungleichen Verträge verzichtet habe, von den jetzigen Ereignissen in China unmittelbar nicht berührt werde. Die deutsche öffentliche Meinung stehe den legitimen nationalen Forderungen der Chinesen freundlich gegenüber, könne aber andererseits auch die wirtschaftlichen Sorgen der fremden Kaufleute in China verstehen. Man sollte das Streben der Chinesen nach einem Uebergang zu modernen Lebensformen unterstützen; so würde am besten der gesamten Menschheit gedient. Deutschland sei vollkommen neutral, sowohl den kämpfenden chinesischen Parteien gegenüber wie den Mächten, die sich mit dem chinesischen Problem beschäftigen, und werde dabei von der deutschen öffentlichen Meinung unterstützt, wie der freiwillige Verzicht auf Waffenverschiffungen nach China seitens unserer Kaufmannschaft und Reeder gezeigt habe. Im übrigen stehe man in Deutschland auf dem Standpunkte, daß ein friedlicher Ausgleich im Interesse aller an China interessierten Nationen gelegen wäre.

Keine Selbstisolierung Moskaus mehr.

Daher Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Staaten.

Moskau, 30. April. (WTB.) „Iswestija" schreiben: Der Beschluß der Sowjetregierung, ungeachtet der ungewöhnlichen Mitteilungsweise des Völkerbundes durch einen Anschlag im Völkerbundsgebäude an der Internationalen Wirtschaftskonferenz teilzunehmen, ist der beste Beweis für die Sinnlosigkeit der Behauptungen, daß die Sowjetunion angeblich eine Selbstisolierung anstrebt und die Berufung auf den sowjet-schweizerischen Konflikt als diplomatischen Vorwand für die Verweigerung einer Teilnahme an den europäischen Konferenzen benutzt hat. Der Entschluß der Sowjetregierung bedeutet nicht, daß die Sowjetunion optimistische Hoffnungen auf die Konferenz setzt, von deren Programm die wirklichen Ursachen der schweren Krise der Weltwirtschaft ausgeschlossen sind. Die Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz darf nicht als Möglichkeit irgendwelcher Aenderungen des Außenhandelsmonopolsystems ausgelegt werden. Die Sowjetunion strebt die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten an, was nur bei unbedingter Aufrechterhaltung des unverrückbaren Außenhandelsmonopols möglich ist.

Nachtflug über Berlin.

Einrichtung von neuen Nachtfluglinien.

Die Riesenmaschine, neun Fahrgäste in ihrem Bauch und zwei Piloten, jagt von der Kraft ihrer drei Propeller getrieben, über das Tempelhofer Flugfeld, beschreibt dem Signal des Flugschupo folgend, die vorschriftsmäßige Kurve und beginnt sich langsam vom Boden zu lösen. Das dunkle Flugfeld fängt an sich zu verschieben. Es ist als ob mehrere dunkle Karten übereinandergezogen werden. Zuweilen blitzen Linien von Lichtern auf, denn man ist noch außerhalb der eigentlichen Stadt. Dann marschieren die Lichter in Gruppen, sie verdichteten sich zu undeutlichen Formationen, die das Auge gar nicht mehr überblicken kann. Plötzlich ists ein ungeheures Lichtermeer. Wir sind über dem Westen der Stadt. Die Lichter haben sich in Massen zusammengefunden; sie sind an manchen Stellen förmlich geballt, in allen Variationen glänzt es von unten herauf. Durch doppelte Lichtstreifen unterstrichen der Kurfürstendamm, die Tauentzienstraße und in ein Meer von Rot getaucht die großen Kinopaläste um die Gedächtniskirche. Man erkennt jede Kleinigkeit auf der Straße, jedes Auto, das über den Asphalt kriecht. Der Tiergarten ist wie eine tiefe schwarze Fläche, aber auch unterbrochen von kleinen Lichtern. Heller wird es erst wieder, als der Platz der Republik auftaucht, und das Brandenburger Tor die Linden hellglänzend öffnet. Die Friedrichstraße mit ihrer unendlichen blanken Helle, kaum im Augenblick zu erfassen. Der Alexanderplatz hebt sich ab. Dann als es über den Osten geht, wird es wieder merklich dunkler. Die Außenbezirke erstarren in Dunkelheit, nur zuweilen von winzigen Lichtsternen unterbrochen. Die ungeheuren Flammen, die aus den Auspuffrohren der Flugzeugmotoren schießen, sind jetzt das hellste, bis in der Ferne die roten Signale des Flugplatzes auftauchen und das Tempelhofer Feld die große sausende Maschine wieder in seinen Bann zieht. Das Flugzeug landet, wie vorgeschrieben, vor der großen Halle.

Diese Nachtflüge sollen als Ueberlandflüge von der Lufthansa jetzt stärker ausgebaut werden. Im vergangenen Jahre gab es nur die Nachtstrecke Berlin—Danzig—Königsberg. Auf Grund der erzielten Ergebnisse wird das Nachtflugstreckennetz von Berlin aus weiter nach Westen und Süden ausgedehnt werden. Diese neuen Strecken werden ebenso wie die Strecke Berlin—Danzig—Königsberg mit Nachtbefeuerungsanlagen ausgestattet. Die Reisezeit von London nach Peking dürfte durch Einschaltung dieser und weiterer Nachtstrecken in bereits absehbarer Zeit auf wenige Tage verkürzt werden.

Die Nachtstrecke Berlin—Danzig—Königsberg wurde mit der dreimotorigen Junkers G 23 beflogen, die zu diesem Zwecke mit allen neuzeitlichen Mitteln ausgerüstet ist. Neben vorzüglichen Kompassen deutscher Firmen sind alle Flugzeuge ausgerüstet mit dem Gyrorektor und einem Wendezeiger, die es ermöglichen, auch bei Nacht und im Nebel das Flugzeug im wagerechten Flug zu halten und sicher zu steuern. Für den Verkehr mit der Erde und das Aufsuchen bestimmter Punkte auf der Erde sind an den Tragflächen große starkkerzige Scheinwerfer angebracht, die ihre Leuchtkraft aus kleinen, unter dem Rumpf des Flugzeuges hängenden Generatoren bekommen. Unter den Tragflächen sind außerdem je drei Landelichter angebracht, die bei notwendig werdender Landung auf drei- bis fünfhundert Meter im Umkreis alles taghell erleuchten. Für die Ueberwindung der Nebelgefahr haben die Flugzeuge Funkentelephonie an Bord, die es dem Führer ermöglicht, Nachrichten über die Wetterlage einzuholen und, über den Wolken fliegend, jederzeit seinen Standort zu erfragen. Ein zarter, blauvioletter Lichtschimmer läßt im Führerraum alle Instrumente ohne Blendwirkung klar erkennen. Die Passagierkabine selbst ist durch zahlreiche elektrische Lampen hell erleuchtet.

Die Bodenorganisation der Strecke ist so durchgeführt, daß jegliche Gefahr nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen ist. Sie ermöglicht eine einwandfreie Orientierung auf der Strecke. Dazu sind etwa alle 30 Kilometer auf der Kurslinie Drehlichtscheinwerfer, ähnlich der Küstenbefeuerung, aufgebaut. Diese Drehlichtscheinwerfer sind zur Erzielung großer Leuchtweiten mit rückseitig versilberten Glasparabolspiegeln ausgerüstet. Sie sind meistens an das elektrische Starkstromnetz angeschlossen. Zwischen diesen Drehlichtscheinwerfern befinden sich etwa alle 5—6 Kilometer orangerot leuchtende Neonröhren. Diese sollen das Flugzeug auch bei schlechten Sichtverhältnissen sicher von Drehlichtscheinwerfer zu Drehlichtscheinwerfer führen. Bei allen Drehlichtscheinwerfern sind Zwischenlandeplätze vorgesehen. Die Bedienung der Drehlichtscheinwerfer und die Aufstellung einer Landebeleuchtung auf diesen Zwischenlandelichtern erfolgt durch Polizeiflugwachen.

Für das Starten und Landen der Nachtflugzeuge sind die Flughäfen mit den verschiedensten Beleuchtungsanlagen, je nach Wichtigkeit des Flughafens ausgerüstet.

Der „Fürst von Eschnapur".

Ein kleiner Hochstapler mit großen Allüren.

Domelas Lorbeeren scheinen dem jungen Pickel zu Kopf gestiegen zu sein. Als er seines Zeichens „Schriftsteller und Akquisiteur" wegen geringfügiger Betrügereien verhaftet wurde, legte er sich plötzlich den phantastischen Fürstentitel zu. Und als Fürst von Eschnapur unterschrieb er seine Eingaben ans Gericht, als solcher unterzeichnete er die Vernehmungsprotokolle und die Briefe an seine Verwandten. In dieser Eigenschaft figurierte er auch in der mündlichen Verhandlung im Haftüberprüfungsverfahren und erschien mit seinem fürstlichen Titel heute vor dem Schwurgericht Charlottenburg.

Es gab da eine humoristische Gerichtsverhandlung, die von den Tränen und den aufgeregten Worten des 21jährigen Angeklagten unterbrochen wurde. Landgerichtsdirektor Brennhausen, der den jungen Menschen bereits vom Haftüberprüfungsverfahren her kannte, nimmt ihn scharf ins Gebet. Der „Fürst" bleibt aber hartnäckig dabei, ein Fürst zu sein. Das Fürstentum Eschnapur soll zwischen Syrien und Indien liegen, dort will der Angeklagte geboren sein. Sein Land habe er als 4jähriger verlassen. Zusammen mit seiner Mutter und seinem fürstlichen Bruder sei er nach Deutschland gekommen. Und dann erzählt der 21jährige: „Ich habe mit Stresemann verhandelt, in seinem Konferenzzimmer im Kaiserhof. Und ein anderes Mal mit Schubert im Außenministerium. Ich wollte mein Fürstentum in Deutschland für 7 Millionen verkaufen. „So billig?" „Sie spotten, Herr Vorsitzender." „Nein, Sie spotten über das Gericht mit Ihren Mätzchen." So geht es endlos weiter. Auch die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß der Angeklagte sich verschiedene bürgerliche Namen zugelegt habe und in Nürnberg dreimal wegen Betrügereien bestraft worden sei, helfen nichts. Als dann der Vorsitzende ihm Briefe seiner Mutter an ihn und seine eigenen Briefe an Mutter und Bruder vorliest, scheint der junge Mensch zusammenbrechen zu wollen. Die Mutter schreibt unter anderem an ihren Sohn: „Höre endlich mit Deinen Schandtaten auf, laß den ganzen Schwindel." Und er schreibt an die Mutter zum Osterfeste: Auch für mich soll dies Osterfest eine Wiedergeburt sein. Der Vorsitzende versucht, dem jungen Menschen väterlich zuzureden. Nach einer kurzen Rücksprache mit seinem Verteidiger will Herr Pickel die Wahrheit sagen. Ob er in Eschnapur wirklich geboren sei, wisse er nicht. Es sei alles in ihm so verwirrt. Richtig sei jedenfalls, daß seine Mutter einen bekannten Nürnberger Fabrikanten geheiratet habe, daß er in München das Kadettenkorps, in Straßburg das Lyzeum und in Schwaben ein humanistisches Gymnasium besucht habe. Nachdem er es im Jahre 1922 nach bestandener Einjährigenprüfung verlassen habe, sei er zuerst zur Bank gegangen und habe dann im Jahre 1924 die journalistische Laufbahn ergriffen. Er habe in Nürnberg und in Budapest an Zeitungen gearbeitet und sei im Jahre 1926 in Nürnberg Besitzer eines Verlages gewesen. Nach Berlin sei er erst im November v. Js. gekommen.

Der Extrazug Kemal Paschas.

Am Potsdamer Fernbahnhof steht ein stolzer, funkelnagelneuer Prachtbau auf Rädern. Der Salonwagen Kemal Paschas, den die türkische Regierung in Deutschland anfertigen ließ. Der Wagen enthält Wohnzimmer, Schlafzimmer, Badezimmer und Empfangsraum mit eigener Raldoanlage, Lichteffekten und allen Schikanen der Neuzeit. Die Plattform ist in einen blumengeschmückten Balkon verwandelt, von wo aus der türkische Befehlshaber Ansprachen zu halten gedenkt. Die Einrichtung der einzelnen Räume ist reich und geschmackvoll. Fenster und Wagenwände sind mit türkischen Emblemen verziert. Eine eigene Küche mit dem dazu gehörigen Kochkünstler wird für das leibliche Wohl sorgen. Bei der gestrigen Besichtigung des fertiggestellten Extrazuges, der in den nächsten Tagen nach Angora fährt, hatten sich außer den Vertretern der türkischen Behörde vor allem eine Anzahl Photographen eingefunden, die jedes Winkelchen des prächtigen Wageninnerns im Bilde festzuhalten suchten.

Die Sprengkapsel.

Beim Spielen mit einer Handgranatensprengkapsel, die sich plötzlich entlud, wurden gestern nachmittag zwei elfjährige Schüler erheblich verletzt. Während einer von beiden nach Anlegung von Notverbänden in die elterliche Wohnung gebracht werden konnte, mußte der andere mit schweren Kopfverletzungen in das Virchow-Krankenhaus übergeführt werden.

Der elf Jahre alte Schüler August W. und der gleichaltrige Herbert B., die am Hönower Wiesenweg zu Lichtenberg wohnen, hatten auf dem Laubengelände eine Handgranatensprengkapsel gefunden, mit der sie, ohne an die Gefahr einer Explosion zu denken, spielten. Unglücklicherweise kam einer der Jungen auf den Gedanken, ein Feuer anzuzünden und die Sprengkapsel in die Flammen zu werfen. Durch die Hitze kam diese unter starker Detonation zur Explosion. Durch herumfliegende Eisensplitter wurde W. im Gesicht und an den Händen verletzt. B. zog sich eine schwere Kopf- und Augenverletzung zu. Anwohner bemühten sich sofort um die verletzten Kinder und sorgten für ihre Ueberführung in das Virchow-Krankenhaus. Das Befinden des schwerverletzten Schülers B. ist zwar ernst, doch besteht zum Glück keine Lebensgefahr.

Tragödie in Pichelsdorf.

Tod eines Liebespaares in der Havel.

Eine noch ungeklärte Tragödie spielte sich gestern abend in Pichelsdorf ab. Ein älterer Herr sah kurz vor 10 Uhr aus einiger Entfernung, wie ein Paar über die Brüstung der Freybrücke in die etwa sechs Meter tiefer liegende Havel sprang. Er eilte hinzu und benachrichtigte rasch die Fischer in Pichelsdorf. Unterdessen trieb aber die starke Strömung die Lebensmüden schon weiter ab. Sie riefen jetzt laut um Hilfe, waren aber bereits untergegangen, als die Fischer mit ihren Booten und andere Leute mit Rettungskähnen herangekommen waren. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Beamte des 144. Reviers, die die Gegend absuchten, fanden auf der Brücke nur ein Paar schwarze halbe Damenlackschuhe. Das ist der einzige Anhalt, den man bisher zur Feststellung der Persönlichkeiten hat. Ein Hut oder dergleichen wurde nicht gefunden. Mitteilungen zur Aufklärung an die Kriminalinspektion Spandau und das Revier 144.

Hundert Jahre Berliner Singakademie.

Am 6. April 1827 wurde das Haus der Berliner Singakademie im Kastanienwäldchen „Unter den Linden" eingeweiht. Seit hundert Jahren finden hier die Konzerte der Singakademie statt, und ein bedeutender Teil des Berliner Musiklebens hat sich hier abgespielt. Aus Anlaß dieses hundertjährigen Bestehens ihres Hauses hatte heute vormittag die Singakademie zu einer Morgenfeier eingeladen. Man begann mit Zelters prachtvollem „Denkspruch". In einer kurzen Ansprache skizzierte dann der Direktor Prof. Schumann die Entwicklung der Berliner Singakademie und die Baugeschichte ihres Hauses. Im Jahre 1791 gegründet, fanden die ersten Konzerte der Singakademie in einem kleineren Saal der Berliner Akademie statt. Schließlich wurde aber der Singakademie die Erlaubnis, in dem Saal zu konzertieren, entzogen, da man ihn für Kunstausstellungen brauchte. 1822 tauchte zum erstenmal der Gedanke eines eigenen Hauses auf. Die Kosten wurden auf 35 000 Taler berechnet, die der Opfersinn der Mitglieder aufbrachte. Noch heute gehört der Saal der Singakademie dank seiner ausgezeichneten Akustik und seiner reinen und edlen Form zu den schönsten und beliebtesten Sälen Berlins.

Bei den Begrüßungsansprachen kamen Vertreter der Staatsbehörden und Oberbürgermeister Böß zu Wort. Die Feier schloß mit Schumanns Motette „Wachet auf, ruft uns die Stimme".

Neue Spezialschiffe für den Fruchtimport.

Die deutsche Handelsflotte wird noch in diesem Sommer um neue Spezialschiffe für den Massentransport von Südfrüchten bereichert werden, und zwar hat der Norddeutsche Lloyd zwei Fruchtdampfer, „Orotava" und „Arucas", gebaut, die mit den notwendigen Wärme- und Kühlvorrichtungen für den Transport von Bananen, Apfelsinen usw. versehen sind. Die beiden Schiffe, die je 4000 Tonnen groß sind, sollen von August ab für den Fruchttransport von den Kanarischen Inseln und Madeira nach Bremen eingesetzt werden. Daneben bieten sie auf ihren jedesmal 23 Tage dauernden Fahrten gute Unterkunft für etwa 50 Passagiere in modern eingerichteten Kabinen. Auf diese Weise können diese beiden Dampfer auch für billige Vergnügungsfahrten nach Portugal und den Atlantischen Inseln benutzt werden.

Sieg der Sozialdemokratie im 14. Bezirk der Freidenker. Die Wahlen der Unterbezirksleitungen und der Delegierten zur Berliner Generalversammlung des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung brachten im 14. Bezirk (Neukölln) eine Mehrheit für die Vorschläge der Funktionäre (SPD.). Unsere Genossen erhielten 1195 Stimmen, während die Liste der Opposition (KPD.) 1025 Stimmen auf sich vereinigte.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund" liegen der heutigen Postauflage bei.

Auf zur Kundgebung! Morgen mittag marschiert das arbeitende Berlin zum Lustgarten

Urabstimmung bei der Aboag.

Beschluß der Vollversammlungen.

Gestern fanden für die Angestellten der Aboag zwei Vollversammlungen statt, in denen von den Verhandlungen, deren Ergebnis wir bereits veröffentlicht haben, Bericht erstattet wurde. Auch hier machte sich eine tiefe Unzufriedenheit mit einzelnen Punkten des Schiedsspruches geltend. Besonders bekämpft wurde die lange Vertragsdauer und die Benachteiligung der Schaffner, die in ihren Löhnen um 2 Pf. hinter den Löhnen der Schaffner der Straßenbahn zurückbleiben. Nachdem eine Vereinheitlichung der Verkehrsbetriebe vorgenommen worden ist, sollte auch in der Entlohnung die gleiche Vereinheitlichung vorgenommen werden. Bei den Schaffnern der Aboag macht sich das um so mehr geltend, weil infolge der Vereinheitlichung der Tarife auch für das Gepäck bezahlt werden muß, wodurch den Schaffnern ein erheblicher Verlust aus Trinkgeldern entsteht. Auch hier wurde beschlossen, eine Urabstimmung vorzunehmen, die in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag vorgenommen wird.

*

Die „Rote Fahne" gibt unter der Ueberschrift „Hochbahner für Verkehrsstreik am 7. und 8. Mai" die Entschließung wieder, die in der Hochbahnerversammlung am Donnerstag angenommen wurde. Da heißt es:

„Die Versammelten fordern vom Ortsausschuß des ADGB., den DVB., DMV., Maschinisten- und Heizerverband und der (christlichen!) GdA., daß sie die Belegschaften der Berliner Verkehrsbetriebe, Straßenbahn, Hochbahn und Aboag, aufrufen, am 7. und 8. Mai die Betriebe stillzulegen."

Das heißt mit aller Deutlichkeit, daß die Hochbahner nicht den Verkehrsstreik beschließen, sondern von anderen Instanzen, die teilweise dazu gar nicht befugt sind, verlangen, einen Streik zu beschließen, den nur das Personal der betreffenden Betriebe, also auch die Hochbahner, beschließen können. Dieser Beschluß ist somit nichts weiter als eine leere und billige Demonstration, die den kommunistischen Funktionären, die sich von der Verantwortung drücken, die Möglichkeit gibt, andere als „Verräter" zu „brandmarken" und sich in der Heldenpose der unentwegt Revolutionären aufzuspielen.

Zu einem eventuellen Verkehrsstreik ist zu sagen, daß er nicht die Stahlhelmer treffen würde, die ja, soweit sie nicht zu Fuß aufmarschieren, in Lastkraftwagen befördert werden, sondern daß darunter nur die republikanische Arbeiterschaft Berlins leiden würde, ohne daß die Stahlheimkundgebung irgendwie behindert wäre. Die Buchdrucker haben gezeigt, wie man Front macht gegen die Hakenkreuzler und ihre Freunde. Eine solche Aktion gegen alle, die diese Kundgebung fördern, hat eine dauernde Wirkung.

Wenn sie die Verantwortung haben.

Kommunisten gegen die Generalstreikpropaganda.

Gestern beschäftigte sich auch die erweiterte Ortsverwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes mit den kommunistischen Anträgen aus einigen städtischen Werken, die auf eine Streikbewegung am 7. und 8. Mai hinzielen. So fordert u. a. eine Belegschaftsversammlung des Gaswerkes Mariendorf, daß — die Hoch- und Straßenbahner am 7. und 8. Mai streiken sollen. Ein ähnlicher Antrag, der von anderen den Streik fordert, lag auch aus Halensee vor.

Der Vorsitzende, Genosse Polenske, teilte diese Anträge, in denen die Antragsteller von anderen Taten verlangen, in der Sitzung mit und fügte hinzu, daß er die ganze Streikpropaganda für Unsinn und Unfug halte. Für die Berliner Gewerkschaften könne ein Streik am 7. und 8. Mai ernstlich nicht in Frage kommen.

Die erweiterte Ortsverwaltung trat diesen Ausführungen einmütig und ohne jede Diskussion bei. Auch die der erweiterten Ortsverwaltung angehörenden Kommunisten schlossen sich den Ausführungen Polenskes an, ohne auch nur das Wort zu ergreifen. Draußen freilich, in den Versammlungen, treten diese Helden anders auf. Wenn sie aber die Verantwortung übernehmen sollen, dann bekennen sie, daß die ihnen diktierten Parolen Unsinn und Unfug sind.

Jahresversammlung der Holzarbeiter.

Die Amsterdamer Ortsverwaltung wiedergewählt.

In der zu Freitag abend nach dem Clubhaus in der Ohmstraße einberufenen ordentlichen Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter gab der Bevollmächtigte Genosse Freigang zunächst den Geschäftsbericht vom 4. Quartal und vom gesamten Jahr 1926.

Er betonte, daß das Berichtsjahr für die Organisation eine so schwere Krisenzeit war, wie sie von der sogenannten Stabilisierungskrise kaum übertroffen wurde. Die Schwere der Krise geht am besten aus der Statistik des Arbeitsnachweises hervor. Während zu Beginn des Jahres 1926 insgesamt 14 416 arbeitslose Holzarbeiter auf dem Nachweis eingetragen waren, stieg diese Zahl bis zum Juli auf 17 444, das waren 48 Proz. aller im Berliner Holzgewerbe Beschäftigten. Erst im September machte sich eine Besserung am Arbeitsmarkt bemerkbar, doch waren am Schluß des Berichtsjahres immer noch 8 289 Arbeitslose auf dem Arbeitsnachweis eingetragen. Infolge dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit und der dadurch bedingten Unternehmerangriffe war die Organisation fast durchweg in die Defensive gedrängt. Es ist begreiflich, daß es der Organisation nicht immer gelang, die Angriffe restlos abzuschlagen. Soviel steht jedoch fest, daß der leider in einer Anzahl von Branchen und Betrieben durchgeführte Lohnabbau noch viel stärker gewesen wäre, wenn die Berufsangehörigen nicht die Rückendeckung der Organisation gehabt hätten. Trotz der nicht unerheblichen Unterstützung der Organisation, die allein 616 417 Mk. für Arbeitslosenunterstützung ausgab, ist der Mitgliederbestand von 25 936 auf 24 230, also um 1 706 zurückgegangen. Der Organisation untreu geworden sind hauptsächlich weibliche und jugendliche Mitglieder. Neben der schweren und anhaltenden Krise, die naturgemäß immer einen Mitgliederrückgang nach sich zieht, ist daran der politische Meinungsstreit und vor allem die Art, wie er ausgetragen wird, schuld. Die Entwickelung in diesem Jahr zeigt aber, daß es wieder vorwärts geht.

Dem Bericht schloß sich eine ausgedehnte Diskussion an, in der von den Kommunisten die übliche Attacke gegen die Taktik und Politik der „reformistischen" Gewerkschaftsführer geritten wurde. Die nach dem Schlußwort des Genossen Freigang vorgenommene geheime Wahl der engeren Ortsverwaltung ergab mit 184 gegen 140 Stimmen die Wiederwahl der bisherigen der Amsterdamer Richtung angehörenden Verwaltungsmitglieder. Es kam nochmals zu einer ausgedehnten Debatte, als die Verwaltung von der Generalversammlung die Zustimmung zu der von ihr versagten Bestätigung von zwei Kommissionsmitgliedern verlangte, die beide der „Opposition" angehören. Die Kommunisten versuchten die Angelegenheit als einen Schlag gegen die Opposition hinzustellen, während sie von der Verwaltung nur deswegen nicht bestätigt worden waren, weil sie nicht immer den Beschlüssen der Organisation nachgekommen waren. Die Versammlung anerkannte gegen die Stimmen der Kommunisten den Beschluß der Verwaltung.

Jahresversammlung der Bekleidungsarbeiter.

Ein Jahr schwerer Krise.

In der Jahresgeneralversammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Filiale Berlin, am 26. April, gab der Bevollmächtigte, Genosse Lehmann, den Geschäftsbericht.

Er führte aus, daß die Bekleidungsarbeiter im Jahre 1926 eine der schwärzesten Episoden durchmachen mußten. Es war vorauszusehen, daß die Gesundungskrise zu einer völligen Gesundung des privaten Kapitalismus führen würde, und zwar deshalb, weil der gesamte Gesundungsprozeß durchgeführt worden ist auf Kosten der Arbeit. Die Zahl der Vollerwerbslosen Anfang 1926 betrug bereits mehr als 2 Millionen, dazu kamen ebenso viele Kurzarbeiter, außerdem wurden gezählt monatlich über zweitausend Konkurse und ebenso viele Geschäftsaufsichten. Ganze Betriebe schlossen auf Wochen ihre Pforten oder arbeiteten nur wenige Tage in der Woche. Die Arbeitslosigkeit in der Bekleidungsindustrie nahm katastrophenähnliche Formen an. So war denn auch eine durchschnittliche Zahl Hauptunterstützungsempfänger von rund 36 000 vorhanden.

Diese große Arbeitslosigkeit nutzten die Unternehmer in allen unseren Sparten aus. Sie gingen zum Angriff über, kündigten Lohn- und Manteltarife und verlangten Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Ferien, Reduzierung von Arbeitszeitenschemas usw. Insgesamt haben im abgelaufenen Jahre 21 Bewegungen geführt werden müssen, davon sind 19 erledigt ohne Arbeitseinstellung und bei 2 Bewegungen mußten Arbeitseinstellungen vorgenommen werden.

An Versammlungen und Sitzungen haben stattgefunden unter anderem: Betriebsversammlungen 1210. Dazu kommen 4 Delegiertenversammlungen, 25 Filialleitungssitzungen, 3 allgemeine Funktionärversammlungen.

Die Innungsmeister der Herrenmaßschneiderei, die an sich sehr rückständig sind, mußten ihre Rückständigkeit noch dadurch übertrumpfen, daß sie beschlossen, eine Innungskrankenkasse zu gründen. Mit diesem Schritt wird erreicht, daß die an und für sich schon zerrissene Sozialfürsorge noch weiter zersplittert wird.

In der Diskussion kam der einmütige Wille der Delegierten zum Ausdruck, die Organisation mit allen Mitteln zu stärken. Die Wahl der Filialleitung sowie Bestätigung der Kommissionen und Branchenleiter erfolgte einstimmig. Gewählt wurde wieder zum Vorsitzenden Genosse Lehmann, zum Kassierer Kotsch.

Aushungerungstaktik der Juteunternehmer

Der Reichsarbeitsminister hilft dabei.

Bautzen, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsarbeitsminister hat den obersten Landesbehörden mitgeteilt, daß die Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 1. Mai auch für das Spinnstoffgewerbe auf 26 Wochen festgesetzt ist, weil in diesem Gewerbe von einem besonders ungünstigen Arbeitsmarkt nicht mehr gesprochen werden könne. Von dieser Besserung in der Konjunktur hat man jedoch in der Stadt Bautzen noch nichts gemerkt. Der größte Textilbetrieb Bautzens, die Jutespinnerei und Weberei, liegt noch immer still. Die Direktion des Werkes steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für Juteerzeugnisse im Inland wenig Nachfrage bestehe und das Exportgeschäft so wenig lukrativ sei, daß die Substanz der Jutefabriken geschädigt werde.

Wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, zeigt ein Anschlag am schwarzen Brett des größten deutschen Jutebetriebes der Firma Max Bahr, A.-G., Landsberg a. d. Warthe, in dem es heißt: „Wer von den Werksangehörigen in der Lage ist, Arbeiterinnen für die Abteilung Spinnerei zu vermitteln, erhält dafür folgende Prämien: Wenn der Vermittelte zwei Monate arbeitet, 5 Mark, nach sechs Monaten weitere 10 Mark. Außerdem erhalten Jugendliche (Abschneider) nach einem Jahre Beschäftigung 25 Mark, nach zwei Jahren 50 Mark, nach drei Jahren 75 Mark, und nach vier Jahren 100 Mark Prämie."

Dabei ist zu beachten, daß der Inhaber des Betriebes, der diese Kopfprämie aussetzt, nicht etwa ein sogenannter Außenseiter, sondern eine einflußreiche Person in der Interessengemeinschaft deutscher Juteindustrieller ist, derjenigen Stelle, die die Verteilung der Aufträge in der deutschen Juteindustrie regelt. Werden hier endlich einmal die Behörden eingreifen und im Interesse aller Beteiligten eine vernünftige Regelung erzwingen?

Schiedsspruch im Groß-Berliner Steinsetzgewerbe.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Stundenlöhne führten zu keinem Ergebnis. Das tarifliche Schlichtungsamt hat nunmehr mit endgültigem und verbindlichem Schiedsspruch folgendes festgestellt: Die Stundenlöhne betragen mit Wirkung ab 28. April d. J. für Steinsetzer und Steinhauer 1,52 M., Rammer 1,37 M., Steinsetzhilfsarbeiter 82 Pf., Erdarbeiter 78 Pf.; ab 1. September dieses Jahres bis zum 31. März 1928 für Steinsetzer und Steinhauer 1,54 M., Rammer 1,39 M., Steinsetzhilfsarbeiter 90 Pf., Erdarbeiter 84 Pf. Der vierprozentige Aufschlag für die Wohlfahrtssammelkasse, die Erhöhung der Steinhaueraktordsätze und die Fahrgeldregelung werden noch im 12. Nachtrag bekanntgegeben. In den Außenbezirken sind die Lohnsätze wie bisher je 8 Pf. niedriger.

Gewerkschaften und Faschismus.

Ein Antrag auf Untersuchung.

Die italienische Gewerkschaftsgruppe, welche die mit dem Faschismus zu einem Kompromiß gekommenen italienischen Gewerkschaftsführer umfaßt, hat in einem Schreiben an den Internationalen Gewerkschaftsbund die Bitte gerichtet, die italienische Gewerkschaftsfrage in Italien selbst untersuchen zu lassen, damit der nach der Auffassung dieser Gruppe entstandene falsche Eindruck ihres Schrittes beseitigt werde. Auch andere Restgruppen der früheren italienischen Gewerkschaftsbewegung sowie verschiedene Berufssekretariate haben in der italienischen Frage Schreiben an den IGB. gerichtet. Das Bureau beschloß, die ganze Angelegenheit dem Pariser Kongreß zu überweisen, der anerkannten italienischen Zentrale in Paris jedoch einen monatlichen Betrag zuzuweisen.

Die Arbeiter der Firma Adam Opel, Betriebsabteilung Schöneberg, Bessemer Straße 4, sind heute früh in den Streik getreten. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne und eine gleiche Bezahlung für gleiche Arbeiten. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich ist in der vorigen Woche abermals um rund 3000 zurückgegangen und beträgt noch 61 400. In der vorigen Woche haben 1970 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen.

Die Arbeiten in den Citroën-Werken sind am Freitag wieder aufgenommen worden.

Theater der Woche.

Vom 1. Mai bis 9. Mai 1927.

Volksbühne, Theater am Bülowplatz: 1., 5., 6. Traumspiel. 2. Volpone. 3., 9. Judith. 4., 7., 8. Lysistrata. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Bis 2. Tragödie der Liebe. Ab 3. Jan der Wunderbare. — **Thalia-Theater:** Wenn der junge Wein blüht. — **Oper am Platz der Republik:** 1. Rosenkavalier. 2. Wozzek. 3. Traviata. 4. Der ferne Klang. 5. Mona Lisa. 6., 8. Die Macht des Schicksals. 7. Der letzte Pierrot; Verflegelt; Die Erlösten. 9. Jenufa. — **Staatliches Schauspielhaus:** 1., 4. Ein besserer Herr. 2. Faust. 3. Barbier von Sevilla. 5. Flachsmann als Erzieher. 6., 7., 8., 9. Florian Geyer. — **Schiller-Theater:** 1., 4. Prinz Friedrich von Homburg. 2. Die Journalisten. 3. Candida. 5. Peer Gynt. 6. Barbier von Sevilla. 7., 8., 9. Musik. — **Deutsches Theater:** Der Arzt am Scheideweg. — **Kammerspiele:** 1. Lockvögel. 2. bis 9. Gastspiel Revue zu Vieren. — **Die Komödie:** 1. Mannequins. Ab 2. Lockvögel. Nachtvorstellung 11 Uhr: Was Sie wollen. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Schule von Uznach. — **Komödienhaus:** Thea macht alles. — **Theater am Nollendorfplatz:** Drei arme kleine Mädels. — **Großes Schauspielhaus:** Wie einst im Mai. — **Theater des Westens:** Wissen Sie schon . . . — **Städtische Oper, Charlottenburg:** 1. Die Bohème. 2. Der Prophet. 3. Die Meistersinger von Nürnberg. 4., 9., Don Juan; Zwölf deutsche Tänze; Die Geschöpfe des Prometheus. 5. Das Rheingold. 6. Der Freischütz. 7. Italienische Operngastspiele: Der Barbier von Sevilla. — **Komische Oper:** Sünden der Welt. — **Deutsches Künstler-Theater:** Adieu Mimi. — **Lustspielhaus:** Bis 2. Hurra — ein Junge. Ab 3. Bobbys letzte Nacht. — **Lessing-Theater:** Der Patriot. — **Theater am Kurfürstendamm:** Die Kleine auf Besuch. — **Trianon-Theater:** Bis 3. Müllers. Ab 4. Dodo macht's. — **Residenz-Theater:** Die schöne Melusine. — **Zentral-Theater:** Bis 2. Der blonde Zigeuner. 3. Geschlossen. Ab 4. Die Wette. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Berlin, wie es weint und lacht. — **Metropol-Theater:** Die Zirkusprinzessin. — **Berliner Theater:** Komödie um Mittag. — **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. 7., 11 Uhr, Nachtvorstellung: Spiel im Schloß. — **Kleines Theater:** Bis 2. Die goldene Galeere. Ab 3. Kuckucksei. — **Wallner-Theater:** Auf der Sonnenseite. — **Renaissance-Theater:** Feiglinge. — **Walhalla-Theater:** Die von der Liebe leben. — **Rose-Theater:** Der Vetter aus Dingsda. — **Casino-Theater:** Pimpelhuber, der Millionenerbe. — **Theater in der Klosterstraße:** Liebe. 2. Simson und Dalila. — **Theater in der Lützowstraße:** Die Frau ohne Mann. — **Theater im Admiralspalast:** Vive la femme! — **Wintergarten und Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Elite-Sänger.

Nachmittagsvorstellungen. **Theater am Schiffbauerdamm:** 1., 8. Der Geizige. — **Thalia-Theater:** 1., 8. Der Biberpelz. — **Staatliches Schauspielhaus:** 1., 8. Napoleon. — **Großes Schauspielhaus:** 1., 8. Wie einst im Mai. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 1. Die bedrohte Unschuld. 8. Berlin, wie es weint und lacht. — **Walhalla-Theater:** 1., 8. Die von der Liebe leben. — **Theater in der Klosterstraße:** 1. Pension Schöller. 8. Pfarrhauskomödie. — **Theater im Admiralspalast:** Vive la femme! — **Reichshallen-Theater:** 1., 8. Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** 1., 8. Elite-Sänger.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ehlert; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

1. Mai
nur ins Krokodil
Neue Königstr. 61—64
Frühkonzert 11–3 Uhr
Billige Speisen und Getränke

Dörffler
WÜRSTCHEN • BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Arbeiter, Angestellte, Beamte
besucht die Veranstaltungen der
„No-Va-Co"
Karlshorst, Deutsches Haus
Treskowallee (am Bahnh.) Jed. Dienstag
Pankow, Konzerthaus
Breitestraße 34 Jeden Mittwoch
Cöpenick, Stadttheater
Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag
Tegel, Vereinshaus (Hamuseck
Hauptstraße 6 Jeden Sonntag
Notstands-Varieté-Kommission der Intern. Artisten-Loge E. V.

Ischias — schwere Fälle beseitigt werden. Ärztl. empfohlen.

Jürgens
Alexanderplatz

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vorm. Robert Meyer
Mariannenstraße 2,
Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 103 60

Krause-Pianos zur Miete
W 30, Ansbacherstr. 1

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Nagelpflege-Garnituren
in vornehmer Ausstattung.
Kopp & Joseph
BERLIN W
Potsdamer Str. 122